

Migrationsbeirat der
Landeshauptstadt München

Dringende Bearbeitung und Rückmeldung zu offenen Anträgen des Migrationsbeirats gemäß § 2 der Satzung vom 20.12.2023 (MüABl, 2024, S. 4)

Antragstellerinnen: Tatiana de Sousa Mendonça Mischek, Valentina Fazio, Tonka Cuic

An den Oberbürgermeister Dieter Reiter und den Stadtrat der Landeshauptstadt
München

Antrag Nr. 87-23-26

Vollversammlung vom 28.04.2025

I. Antrag:

Hiermit möchten wir Sie auf die ausbleibende Bearbeitung und Rückmeldung zu einer Vielzahl von Anträgen hinweisen, die in den letzten Monaten beschlossen wurden. Gemäß der **Satzung des Migrationsbeirats vom 20.12.2023¹**, insbesondere in § 2 Abs. 1 und 2, ist vorgesehen, dass:

„Anträge und Empfehlungen, für die der Stadtrat zuständig ist, [...] innerhalb von drei Monaten zu behandeln [sind] [...]. Wenn sich die endgültige Erledigung länger als acht Wochen hinzieht, sind Zwischenberichte an die den Vorsitzenden des Migrationsbeirats zu erteilen.“

„Anträge und Empfehlungen, für die der Oberbürgermeisterin zuständig ist, sollen von der Verwaltung innerhalb von drei Monaten behandelt werden. Wenn sich die endgültige Erledigung länger als acht Wochen hinzieht, sind Zwischenberichte an die den Vorsitzenden des Migrationsbeirats zu erteilen.“

Leider stellen wir fest, dass diese Vorgabe bei der Mehrzahl der gestellten Anträge nicht eingehalten wurde.

Auswertung der Anträge:

In den Sitzungen des Migrationsbeirats in den Jahren 2023 und 2025 wurden eingeschätzt insgesamt 40 Anträge und Beschlüsse eingebracht. Laut der Website des Migrationsbeirats (Rubrik *Beschlüsse*) – betrieben vom Direktorium/Geschäftsstelle des Migrationsbeirats: <https://migrationsbeirat-muenchen.de/beschluesse.php> – liegen zu lediglich 10 dieser Anträge bzw. Beschlüsse Rückmeldungen oder Stellungnahmen seitens der Politik und Verwaltung vor.

Nicht beantwortete Anträge:

Eingeschätzt: Für 23 Anträge liegt auch nach über drei Monaten weder eine abschließende Bearbeitung noch ein Zwischenbericht vor. 11 dieser Anträge sind bereits seit über einem Jahr unbeantwortet. Das entspricht einem Anteil von rund 57,5 % der Anträge, zu denen die Mitglieder des Migrationsbeirats bislang keine Rückmeldung erhalten haben.

¹ https://migrationsbeirat-muenchen.de/downloads/Satzung-ueber-den-Migrationsbeirat-der-Landeshauptstadt-Muenchen_12_2023.pdf

Vollversammlung vom 18.11.2024

- Beschluss Nr. 60-23-26
Sperrmüll einfach und legal entsorgen
- Beschluss Nr. 61-23-26
Errichtung eines Cricket-Spielfeldes in der Stadt München
- Beschluss Nr. 62-23-26
Einführung eines analogen Sprechtags bei der Servicestelle für Zuwanderung und Einbürgerung
- Beschluss Nr. 63-23-26
Verlängerung des Aufenthaltstitels für Geflüchtete aus der Ukraine
- Beschluss Nr. 64-23-26
Bescheinigung des assoziationsrechtlichen Daueraufenthaltsrechts auf dem elektronischen Aufenthaltstitel
- Beschluss Nr. 65-23-26
Jährliche Finanzierung der Kundgebung zur Internationalen Woche gegen Rassismus in München
- Beschluss Nr. 66-23-26
Kooperation und Austausch zwischen dem Migrationsbeirat und der Fachstelle für Demokratie
- Beschluss Nr. 69-23-26
Mädchenfußball in München stärken

Vollversammlung vom 10.06.2024

- Beschluss Nr. 48-23-26
Stärkung des Demokratiemobils - Schaffung weiterer Planstellen
- Beschluss Nr. 49-23-26
Abschiebestopp in den Irak und den Iran
- Beschluss Nr. 50-23-26
Anerkennung und Umsetzung der Internationalen UN-Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft
- Dringlichkeitsantrag
Antrag auf menschenwürdige Einführung der Bezahlkarte für Geflüchtete in der Landeshauptstadt München

Vollversammlung vom 08.04.2024

- Beschluss Nr. 41-23-26
Änderung der Geschäftsordnung und der Satzung des Migrationsbeirats - Geschlechtergerechte Sprache
- Beschluss Nr. 43-23-26
Religiöse Vielfalt lokal gestalten – Religiöse Vielfalt sichtbar in München beleuchten

Vollversammlung vom 26.02.2024

- Beschluss Nr. 37-23-26
Umsetzung von Maßnahmen zur Förderung des Friedens sowie der Prävention und Bekämpfung von Antisemitismus und Islamfeindlichkeit im Kontext der Konflikte im Nahen Osten und deren Auswirkungen auf die Bevölkerung der Landeshauptstadt München
- Beschluss Nr. 39-23-26
Zentrale Vergabestelle für Zuschussanträge

Beschlüsse 2023

Vollversammlung vom 27.11.2023

- Antrag Nr. 19-23-26
Sammelantrag: Förderung von Anerkennung, Teilhabe und Chancengleichheit älterer Migrant*innen und deren Angehörigen in München
- Antrag Nr. 21-23-26
Weiteretablierung und -Entwicklung der Sprachvorbereitungsklassen an den Städtischen Gymnasien der Landeshauptstadt München
- Antrag Nr. 22-23-26
Mehrsprachige Info-Plakate über geschlechtsspezifische sowie häusliche Gewalt
- Antrag Nr. 23-23-26
Neubenennung oder Umbenennung einer Straße oder eines Platzes in München nach „Jina Amini“
- Antrag Nr. 29-23-26
Verstärkte Unterstützung von Wohnangeboten für Personen in Studium und Ausbildung durch die Landeshauptstadt München, insbesondere mit Migrationsgeschichte
- Antrag Nr. 30-23-26
Beschlussfassung Hybridsitzung auf 2/3 setzen
- Antrag Nr. 31-23-26
Zuerkennung des Status einer zweiten Fremdsprache für Herkunftssprache

Forderung:

Wir fordern die **sofortige Bearbeitung der offenen Anträge und die Einhaltung der in § 2 der Satzung festgelegten Fristen**. Bei Verzögerungen über acht Wochen hinaus sind umgehend **Zwischenberichte** an den Vorsitz des Migrationsbeirats und den Antragstellerinnen zu senden.

II. Begründung:

1. **Rechtliche Verpflichtung:** Die Satzung stellt klar, dass sowohl Verwaltung als auch Stadtrat verpflichtet sind, innerhalb der genannten Fristen zu handeln (§ 2 Abs. 1–2). Eine Vernachlässigung unterminiert die demokratisch legitimierte Funktion des Migrationsbeirats.
2. **Integrationsförderung:** Viele der Anträge betreffen Maßnahmen zur Integration, Antidiskriminierung und gesellschaftlichen Teilhabe. Verzögerungen bei der Bearbeitung behindern wichtige Fortschritte in diesen Bereichen.
3. **Vertrauensverlust vermeiden:** Die ausbleibende Reaktion auf die Anträge kann in der migrantischen Bevölkerung Münchens das Vertrauen in kommunalpolitische Prozesse erheblich schwächen.
4. **Krisensensibilität:** Mehrere Anträge behandeln Themen mit hoher gesellschaftlicher Relevanz, z.B. Geflüchteten Schutz, Antirassismus, bezahlbarer Wohnraum oder religiöse Vielfalt – deren Nichtbehandlung kann gesellschaftliche Spannungen verschärfen.

Wir bitten darum, diesem Antrag höchste Priorität einzuräumen und die offenen Punkte umgehend zu bearbeiten.

III. Beschluss nach Antrag

Einstimmig beschlossen

gez.
Dimitrina Lang
Vorsitzende

gez.
Lara Galli
1. Stellvertretende Vorsitzende

gez.
Arif Abdullah Haidary
2. Stellvertretender Vorsitzender